

**Haushaltsrede**  
Zur Einbringung des  
**Haushalts- und Investitionsplanes 2009 - 2012**  
am 9. Dezember 2008

Bürgermeisterin Dr. Angelika Kordfelder

Es gilt das gesprochene Wort!!!

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur Einbringung des Haushalts- und Investitionsplanes 2009 – 2012 möchte ich Ihnen zunächst wie in den Jahren zuvor die Ausgangssituation skizzieren, in der wir uns bei der Aufstellung des vorliegenden Planwerkes bewegen. Bereits bei meiner ersten Haushaltsrede zur Einbringung des Haushaltes der Stadt Rheine am 21.12.2004 habe ich deutlich gemacht, dass die Finanznot der Kommunen in Deutschland trotz der erheblichen Bemühungen der Kommunen zur Haushaltskonsolidierung weiter zunimmt. Dieser Trend ist nach wie vor ungebrochen. Er hat sich sogar verstärkt.

Deshalb möchte ich zunächst mit 4 Überschriften von Veröffentlichungen der letzten Wochen beginnen: „Rezession bestätigt - Aussichten trübe“, „Ifo-Geschäftsklimaindex im freien Fall“, „Im Würgegriff der Krise“ und „Regierung malt schwarz“. Diese Überschriften zeigen, dass Deutschland mitten in einer Rezession steckt.

Auch unsere Erträge werden vom wirtschaftlichen Abschwung beeinflusst. Der Kämmerer musste die Erträge gegenüber der bisherigen Finanzplanung für die folgenden Jahre massiv nach unten korrigieren. Der angestrebte Haushaltsausgleich wird deshalb auch zumindestens bis 2011 nicht gelingen können. Hierzu wird Herr Lütke-meier später noch ausführlicher Stellung nehmen.

Natürlich gibt es aktuell auch positive Nachrichten. Im November hatten wir in Rheine „nur“ noch 2.449 Arbeitslose. Es ist lange her, dass diese Zahl so niedrig war. Wir werden uns allerdings darauf einrichten müssen, dass die Zahl nicht so

niedrig bleiben wird. Aktuell steht die Schließung des Karmann-Werkes in Rheine an. Und ich möchte in diesem Zusammenhang auch hinweisen auf die zunehmende Zahl von Insolvenzanträgen örtlicher Unternehmen, insbesondere der Automobil-Branche.

Wie im letzten HFA bereits berichtet, werden die Erträge aus der Gewerbesteuer in 2008 erheblich höher als veranschlagt ausfallen. Aber die Aussichten für unsere Wirtschaft sind nicht rosig. Es bleibt zu hoffen, dass es auf der Basis der erfolgreichen letzten Jahre den Firmen in Rheine und damit uns allen gelingt, die Rezession ohne allzu viele negative Auswirkungen zu überstehen.

Den Dank an die Unternehmen vor Ort für die positive Entwicklung in unserer Kommune möchte ich deshalb mit der Zusicherung verbinden, sie und auch potentielle Investoren im Rahmen der gegebenen und vorhandenen Möglichkeiten auch weiterhin zu fördern und zu unterstützen.

Der immer noch nicht ausgeglichene Ergebnisplan macht deutlich, dass es für den eingeschlagenen Konsolidierungskurs keine Alternative gibt. Wir müssen auch bei der Beratung des Haushaltsplanes 2009 bestrebt sein, nicht mehr als die unbedingt notwendigen Projekte und Aufgaben in den Haushaltsplan aufzunehmen.

Die Haushaltskonsolidierung war und ist eine der Hauptaufgaben der **Strategie- und Finanzkommission (SFK)**, die im Juni 2005 gegründet wurde. In dieser Kommission wurden die maßgebenden Multiplikatoren und Entscheider aus Politik und Verwaltung zusammengeführt. Sie soll sich zielorientiert mit der mittel- bis langfristigen Stadtentwicklung im weiteren Sinne einschließlich der finanziellen Entwicklung auseinandersetzen und die notwendigen Zielbestimmungen für die Gremien des Rates der Stadt und seiner Ausschüsse vorbereiten. Eine der Diskussionsgrundlagen waren die Ergebnisse der Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW aus dem Jahr 2005.

Das Ziel der SFK bestand zunächst darin, in einer kleinteiligen produktbezogenen Ausgabenkritik Veränderungspotential in organisatorischer und finanzieller Hinsicht zu erkennen und daraus nachhaltige Kostensenkungspotentiale zu generieren. Das ambitionierte Ziel einer nachhaltigen Kostensenkung von rd. 10 Mio. € in einem Zeitraum von 5 Jahren, also bis 2011, wurde noch nicht erreicht. Dennoch konnte bis heute eine dauerhafte Kostensenkung von jährlich rd. 600.000 € (ohne Personalkosten) beginnend ab dem Haushaltsjahr 2007 erzielt werden.

Im Rahmen der oben beschriebenen produktbezogenen Aufwandsbetrachtung wurden z. B. auch die Grundzüge zur Umwandlung der Technischen Betriebe in eine Anstalt des öffentlichen Rechts von der SFK begleitet.

Die SFK erteilte der Verwaltung ab September 2006 über 70 umfangreiche Prüfungsaufträge, die größtenteils abgeschlossen sind. Es sind noch Aufträge offen, deren Umsetzung wegen der sehr komplexen Inhalte intensive Verhandlungen erfordern, wie zum Beispiel die Diskussion um das Berufskolleg. Ob die Verhandlungsergebnisse zu weiteren langfristigen Kostensenkungen führen könnten, muss aufgearbeitet und insbesondere mit den bildungspolitischen Zielen der Stadt Rheine abgeglichen werden. Als Bürgermeisterin der Stadt appelliere ich an den Rat, unsere Position als regionaler Bildungsstandort gerade unter den Notwendigkeiten aktueller Bildungspolitik nicht aufzugeben.

In meiner letztjährigen Rede habe ich im Hinblick auf die Umsetzung der Projekte des Integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzeptes Rheine 2020 deutlich gemacht, Zitat: "...dass der Strategie- und Finanzkommission im Rahmen der notwendigen Diskussions- und Entscheidungsprozesse eine wichtige Rolle als Lenkungsgremium zukommt, um die Weichen für die Erwirtschaftung der finanziellen Zukunftsfähigkeit für die nächsten Jahre zu stellen."

Zu den wesentlichen Aufgaben der Strategie- und Finanzkommission als Lenkungsgremium gehörten im abgelaufenen Jahr die Begleitung der Gründung der privaten

Fachhochschule Mathias Rheine und Fragen zur Stadtentwicklung, insbesondere der Konversion der noch vorhandenen brachliegenden Militärliegenschaften.

Ein weiteres Themenfeld für die Strategie- und Finanzkommission ist die zukünftige Personalentwicklung der Stadt Rheine. Erklärtes Ziel aller Ratsfraktionen ist bislang die weitere dauerhafte Senkung der Personalaufwendungen.

Die Strategie- und Finanzkommission hat intensiv über ein Personalentwicklungskonzept für die Stadt Rheine diskutiert. An anderer Stelle meiner Ausführungen nehme ich zu diesem Themenkreis noch detailliert Stellung.

Um die hier kurz angerissenen Fragen auch für die Zukunft beantworten zu können, ist es erforderlich, die erfolgreiche Arbeit der Strategie- und Finanzkommission als ständige Einrichtung fortzuführen, um unter dem Zwang weiterer Haushaltskonsolidierungen in ständigem Dialog und Informationsaustausch zwischen Rat und Verwaltung nachhaltige Problemlösungen zu finden.

Neben der Haushaltskonsolidierung haben wir aber auch die Aufgabe, unsere Stadt zukunftsweisend zu gestalten und nicht nur zu verwalten. Wir müssen den kommenden Generationen eine attraktive und lebenswerte Stadt hinterlassen, in der die Menschen sich wohlfühlen. Ich möchte Sie, aber auch unsere Bürgerinnen und Bürger deshalb bitten, hieran weiterhin mitzuarbeiten.

Fachliche Grundlage für unsere Planungen muss noch weitergehender das **„Integrierte Entwicklungs- und Handlungskonzept“** sein. Damit hat sich die Stadt einen Handlungsrahmen bis zum Jahr 2020 gegeben, in welchem die Aufgaben, Ziele und Programme zusammengeführt und vernetzt werden.

Bei der weiteren Umsetzung sind wir auf unsere Bürgerschaft angewiesen. Nur mit deren Engagement und in der Regel ehrenamtlichem Einsatz können wir dies schaffen. Wir sind auf dem besten Weg zur „Bürgerkommune“. Die gerade

erschienene Ausgabe der Reihe „Rheine – gestern heute morgen“ macht in eindrucksvoller Art und Weise deutlich, auf welchen Gebieten und wie stark sich unsere Bürgerinnen und Bürger einzeln und in Vereinen engagieren. Die bislang ausgegebenen Ehrenamtskarten stellen ein kleines Dankeschön hierfür dar.

Damit unsere Bevölkerung auch in Zukunft eine positive Entwicklung erfahren und sich in Zeiten der weiter zunehmenden Globalisierung behaupten kann, muss sie die Gelegenheit haben, sich ausreichend zu bilden.

Die Stadt Rheine hat deshalb in den vergangenen Jahren alles ihr mögliche getan, um den Bildungsstandort Rheine zu festigen und auszubauen. Als 2 Stichpunkte möchte ich in diesem Zusammenhang den Ausbau der Ganztagsbetreuung an unseren Schulen und die bereits eben angesprochene Ansiedlung der privaten Fachhochschule nennen.

Ein weiterer Schwerpunkt war und ist die Sicherstellung einer lebenswerten Umwelt für uns und unsere nachfolgenden Generationen. Im Rahmen des Klimabündnisses haben wir die verschiedensten Aktivitäten inzwischen gestartet und hoffen, so unseren bestmöglichen Beitrag zu den damit verbundenen ehrgeizigen Zielen leisten zu können.

Lassen Sie mich nun noch konkreter werden und den Blick auf die Teilpläne unserer Sonder- und Fachbereiche richten. Angesichts des letzten Haushaltsplanes in dieser Wahlperiode gestatten Sie mir an der einen oder anderen Stelle einen Rückblick auf die vergangenen Jahre: Dies gilt insbesondere für den Bereich „Bauen und Planen“.

## **Zum Sonderbereich 0 – Politische Gremien und Verwaltungsführung**

In diesem Produktbereich wird der Ressourcenbedarf für die Politischen Gremien und den Verwaltungsvorstand veranschlagt. In aller Regel rückt der Sonderbereich 0 bei den Haushaltseinbringungen kaum in den Blickpunkt des Interesses.

Nicht nur aus diesem Grund möchte ich heute rückblickend auf ein besonderes Projekt eingehen, die Einführung des Ratsinformationssystems **„Session“** zu Beginn des Jahres 2006. Trotz der sehr erfolgreich verlaufenen Pilot- und Probephase im Jahre 2005 haben doch alle Beteiligten mit Spannung auf den flächendeckenden Echteinsatz gewartet. Ich glaube, Sie sind mit mir einer Meinung: Dieses Risiko hat sich gelohnt und wir können auf diese sehr moderne Arbeitsweise in unseren Ratsgremien alle ein bisschen stolz sein. Das gilt ganz besonders für Sie als Mitglieder des Rates der Stadt Rheine, denn dieser flächendeckende Verzicht auf die Papier-Ratspost ist auch heute noch eine Besonderheit und hat für uns zu einem jährlichen Konsolidierungsbeitrag von ca. 20.000 € geführt.

Es gibt – wenn überhaupt – in den 396 Städten und Gemeinden in NRW kaum eine Stadt, die das Ratsinformationssystem mit all seinen Chancen und Möglichkeiten so konsequent nutzt wie die Stadt Rheine. Ich meine, dass wir uns in dieser Einschätzung einig sind und uns auch einmal ein wenig gegenseitig auf die Schultern klopfen dürfen.

Und wenn ich schon dabei bin, so lassen Sie mich einige Gedanken zum **Stadtmarketing** anführen. Rheine hat gute Voraussetzungen, um sich für die Zukunft zu profilieren. Mit dem Entwicklungs- und Handlungskonzept haben wir klare Ziele. Nun gilt es, diese kontinuierlich umzusetzen. Wir müssen die Projekte, die unsere Stadt auszeichnen und zukunftssicher machen, konsequent entwickeln und selbstbewusst nach außen darstellen.

Diese von der Entwicklungsplanung abgeleitete und von der Landesregierung im Rahmen der City-Offensive „Ab in die Mitte“ geförderte Form des Stadtmarketings haben wir in den vergangenen zwei Jahren mit den Projekten „Rheine – ohne Altersbegrenzung“ und „Rheine – Wege ins Herz der Stadt“ mit gutem Erfolg praktiziert.

Jetzt gilt es, das gute Fundament auszubauen und Rheine noch stärker in der Region zu profilieren. Wir können hierbei auf ein starkes Netzwerk aller am Stadtmarketing beteiligten Akteure

zurückgreifen. Die gemeinsame Arbeitsplattform dieser Akteure, vom Verkehrsverein Rheine über den Handelsverein, dem Innenstadtverein, der EWG bis hin zum Kulturservice und anderen Beteiligten ist der Arbeitskreis Marketing. Die Gesamtverantwortung des Stadtmarketings liegt bei der Bürgermeisterin. Wir haben in einem sehr aufwändigen Einzelhandelsgutachten die Strukturen in Rheine durchleuchtet und dokumentiert, wie ich meine, mit einem sehr guten Ergebnis. In zahlreichen Einzelgesprächen, in Arbeitsgruppen und Versammlungen innenstadtrelevanter Vereine habe ich und haben alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen stets für die gemeinsame Entwicklung der Stadt Rheine geworben. Die konsensuale Verabschiedung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes, der Zielvereinbarung Innenstadt und die Gründung der beiden Immobilien- und Standortgemeinschaften sind Ausfluss dieser Bemühungen. In den nächsten Schritten kann es nur darum gehen, konsequent diese Vereinbarungen umzusetzen und das konsequente Stadtmarketing zu intensivieren. Daher ist es kontraproduktiv, das Budget des Stadtmarketings, welches einer Stadt unserer Größenordnung mit bislang 30.000 Euro ohnehin nicht angemessen ist, ab 2009 auf 20.000 Euro abzusenken, weil dadurch die Komplementärfinanzierung für neue Landesprojekte nicht bereitgestellt werden kann.

Ich kündige Ihnen in diesem Zusammenhang für die Haupt- und Finanzausschusssitzung am 03.02.2009 eine weitere Vorlage zum Thema „Stadtmarketing Rheine“ an, über die wir Ihnen die Bündelung der engagierten Marketing-Akteure für das „Stadtmarketing Rheine“ einmal mehr deutlich und transparent machen wollen.

### **Zum Fachbereich 1 – Bildung, Kultur und Sport**

In unseren **Schulen** werden wir das Betreuungsangebot weiter ausbauen. Von den 15 Grundschulen sind inzwischen 12 in offene Ganztagsgrundschulen umgewandelt worden. Dazu waren und sind weiterhin umfangreiche Bau- und Einrichtungsmaßnahmen erforderlich. An der Bodelschwingschule wird zu diesem Zwecke aktuell eine Mensa angebaut.

Die am 1. August 2006 in eine gebundene Ganztags-Hauptschule umgewandelte Elisabethschule wird zurzeit um eine Mensa erweitert, die Anfang 2009 eröffnet werden soll und viele Möglichkeiten der räumlichen Nutzung bietet. Ferner wird an der Elisabethschule der naturwissenschaftliche Bereich umgebaut. Weitere Baumaßnahmen sind an der Don-Bosco-Schule in Mesum geplant.

In den Jahren 2009 – 2011 soll das Kopernikus-Gymnasium um eine Mensa und ein Selbstlernzentrum erweitert werden.

Die Franziskusschule Mesum erhielt im Jahr 2007 eine Sporthalle. Diese wird von Schule und Sportvereinen, aber auch von der Mesumer Bevölkerung genutzt.

Geplant ist der Neubau einer Sporthalle an der Euregio Gesamtschule. Der notwendigen Haushaltsmittel sind für die Jahre 2009-2011 eingeplant.

Die **Bibliothek** ist im vergangenen Jahr in die neuen Räumlichkeiten der ehemaligen Volksbanketagen umgezogen. Nachträglich konnte der Kinderbereich „Himmel und Höhle“ eingerichtet werden. Ein Ziel der Kulturpolitik ist es, den Medienbestand ab diesem Jahr kontinuierlich weiter auszubauen. Die Öffnungszeiten sind seit dem 1. September von 25 Stunden auf 35 Stunden in der Woche erweitert worden. An dieser Stelle sei der Hinweis erlaubt, dass auch diese wie etliche weitere Ausweitungen von „freiwilligen“ Dienstleistungen unabdingbar mit einer Erweiterung der Personalressourcen einhergehen muss, wenn man sie denn so beschließt.

Im September 2004 wurde – wie Sie alle wissen - im Rahmen der REGIONALE der Falkenhof als neues **Stadtmuseum** eröffnet. Nach der Umbauphase entstand ein Stadtmuseum, dessen drei Gebäudeteile sich erstmals zu einem Gesamtrundgang öffneten und dessen verschiedene Ebenen jetzt auch für Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen zu nutzen sind. Dafür hat die Stadt Rheine kürzlich einen Preis entgegen genommen. Noch nicht gelöst ist die Magazinproblematik für die Städtischen Museen und das Stadtarchiv.

Auch das **Stadtarchiv** ist aus dem Kannegießerhaus in die Räume der Kulturetage umgezogen. Der Öffentlichkeit steht damit seit der Neueröffnung am 8. Januar 2008 ein großer und gut eingerichteter Besucherraum zur Verfügung, der auch bereits vermehrt für Veranstaltungen genutzt wurde.

Die **Volkshochschule** ist von ihrem bisherigen Standort in der Mühlenstraße in das Josef-Winckler-Zentrum umgezogen. Damit verbunden war nach der organisatorischen nun auch die räumliche Zusammenlegung von Volkshochschule und **Musikschule**.

Ein weiterer Bauabschnitt im Josef-Winckler-Zentrum ist mit der Sanierung der Ignatz-Bubis-Aula geplant. Hierzu sind für die notwendigen Maßnahmen zur Sanierung Rückstellungen gebildet worden.

Im Bereich des **Sports** wurde neben kleineren Baumaßnahmen einzelner Vereine durch den Ruder-Hockey- und Tanzsport-Club mit finanzieller städtischer Unterstützung der erste Kunstrasenplatz in Rheine errichtet.

Ein weiterer Meilenstein in der Rheiner Sportszene ist die in diesem Jahr politisch beschlossene Grundsanierung des Jahnstadions. In 3 Bauabschnitten wird das Stadion den geänderten baurechtlichen und sportlichen Ansprüchen angepasst.

Im Rahmen einer gerechteren Verteilung der Betriebskosten für Vereine mit vereinseigenen Anlagen wurde zum 1.1.2009 die Einführung eines Sportstättennutzungsentgeltes beschlossen. Die Mehrerträge kommen dem Sport in voller Höhe unmittelbar zugute. Somit werden ab Januar 25 % der Betriebskosten durch Umschichtung von Mitteln gedeckt: Eine Erhöhung des Haushalts 2009 ist dementsprechend nicht geplant. Den Großteil der Betriebskosten, der in den letzten Jahren auch für die Sportvereine gerade in den Bereichen Energie und Personalkosten stark gestiegen ist, tragen unsere Vereine selbst und können diese nur durch Beitragserhöhungen oder Sponsoring erwirtschaften. Hier ist zu konstatieren, dass die

Grenzen der Belastbarkeit der Vereine erreicht sind. Die Verwaltung wird zeitnah Gespräche zwischen Sportvereinen, Politik und Verwaltung organisieren, um die generelle Unterstützung der Stadt für den Sport und aktuelle Handlungsbedarfe zu diskutieren und Optimierungen anzustreben.

## **Zum Fachbereich 2 – Jugend, Familie und Soziales**

Im Haushalt des Fachbereiches Jugend, Familie und Soziales sind folgende Schwerpunkte erwähnenswert:

Bei den **Erziehungshilfen** wurde mit dem Haushalt 2006 das Projekt „Reintegration, Verselbständigung und Vollzeitpflege“ gestartet, um im Rahmen der strategischen Steuerung in der Heimerziehung Einsparungen zu erzielen.

Der Jugendhilfeausschuss hat sich in seiner September-Sitzung dafür ausgesprochen, dieses zunächst auf 2 Jahre befristete Projekt wegen seines erfolgreichen Verlaufes zu entfristen.

Die Erfolge bei den stationären Hilfen wurden jedoch von der Fallzahlentwicklung bei den ambulanten Hilfen „überrollt“. Gegenüber dem Haushaltsplan für 2008 mußte der Ansatz um ca. 940 T€ erhöht werden. Die Sensibilisierung der Bevölkerung, ausgelöst durch die Vorkommnisse in Bremen, Schwerin und anderswo, hat seit 2006 vermehrt zu Hinweisen auf möglicherweise unangemessene Erziehungsmethoden, Vernachlässigungen und Verwahrlosungen von Familien und Kindern geführt, denen das Jugendamt nachgehen muss.

Besonders wichtig in diesem Zusammenhang ist es mir aber, deutlich zu machen, dass die verstärkte Wahrnehmung dieser Problematik seitens der Bevölkerung von uns ausdrücklich begrüßt wird. Jegliche Kindeswohlgefährdung muß vermieden werden und rechtfertigt den notwendigen finanziellen Mehraufwand! Das Projekt „Frühe Hilfen – Frühwarnsystem“ wird daher kontinuierlich ausgebaut und stellt einen wesentlichen Eckpfeiler zum Schutz der Kinder dar.

Der Bereich der **Tageseinrichtungen für Kinder** erfährt zurzeit große Änderungen. Seit dem 1. August 2008 ist das neue Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) in Kraft. Neue Gruppenstrukturen, unterschiedliche Betreuungszeiten und das sich daraus ergebende Wahlverhalten der Eltern gilt es umzusetzen. Das KiBiz ist zwar mit höheren Landeszuschüssen verbunden, gleichzeitig sind aber noch höhere Ausgaben für Betriebskostenzuschüsse an die Tageseinrichtungen nötig, so dass insgesamt das Budget um 624 T€ aufgestockt werden musste.

Daneben sind kraft Gesetzes die Betreuungsmöglichkeiten für die unter dreijährigen Kinder auszubauen. Bis 2013 ist eine Versorgungsquote für die Betreuung von unter dreijährigen Kindern von 35% zu erreichen.

Seit der Einführung des KiBiz konnte die Zahl der Plätze für die Betreuung der unter dreijährigen Kinder von 28 auf 155 gesteigert werden. Mit Erlass des Landesministeriums wurden für 2009 weitere 47 Plätze bewilligt.

Es gilt nun Trägergespräche zur Realisierung der weiteren Unter-Dreijährigen-Betreuung zu führen und zu ermitteln, welche zusätzlichen Ergänzungen des Raumangebotes vorgenommen werden müssen und welche finanziellen Belastungen im Förderprogramm des Bundes zum Aus- und Umbau der bestehenden Tageseinrichtungen auf die Träger und die Stadt Rheine zukommen.

Andererseits muß auch erheblich in den Ausbau der **Tagespflege** investiert werden, um den ab 2013 geltenden gesetzlichen Anspruch auf Betreuung der unter dreijährigen abdecken zu können. Allein für den stufenweisen Ausbau der Tagespflege sind jedes Jahr jeweils ca. 200 T€ zusätzlich aufzubringen.

Die Einführung des **SGB II** zum 01.01.2005 hat in der Vergangenheit immer wieder zu Verschiebungen zwischen der direkten Kostenbeteiligung und der Finanzierung über die Kreisumlage geführt, wobei die direkte Kostenbeteiligung wegen

der überproportionalen Belastung für die Stadt Rheine ungünstig ist.

In 2005 und 2006 wurden die kommunalen Kosten noch zu 100 % über die Kreisumlage finanziert. In 2007 waren dann 50 % dieser Kosten direkt zu tragen, weil eine einvernehmlich Stufenregelung von 33 % über 40 % am Widerstand einer anderen Kommune im Kreis gescheitert war. Dieses Stufenmodell gilt jetzt erst seit 2008 und hatte gegenüber der 50 %-Beteiligung eine Verbesserung von 300 T€ ergeben. In 2009 und 2010 gilt die direkte Kostenbeteiligung von jeweils 40 %. Ab 2011 steigt die Beteiligung wieder auf 50 %.

### **Zum Fachbereich 3 – Recht und Ordnung**

Anlässlich des 125-jährigen Jubiläums im Jahre 2007 wurde mit Unterstützung einer Werbeagentur eine neue Außendarstellung der **Feuerwehr Rheine** erarbeitet. Hauptziel war die Mitgliederwerbung. Diese Werbung ist auch 2008 konsequent fortgeführt worden und hat den Mitgliederbestand weiter erhöht. Diese Aufstockung der Freiwilligen Feuerwehr wird auf Dauer Personalkosten für hauptamtliches Personal einsparen. Unabhängig davon müssen 2009 im Hinblick auf eine Ende 2010 auslaufende Verordnung zur Arbeitszeitregelung von Feuerwehrleuten vier Feuerwehranwärter/-innen eingestellt werden.

Die Ausbildung und Ausrüstung dieser freiwilligen Feuerwehrleute und der Anwärter/-innen erfordert im kommenden Haushaltsjahr einen entsprechenden Mehrbedarf. Andererseits führen höhere Kostenerstattungen für Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr beim Produkt Gefahrenabwehr zu einer Entlastung.

Am 11. Oktober 2008 organisierte die Feuerwehr Rheine im Bereich Bentlage eine Großübung, an der ca. 250 Helfer aus allen Hilfsorganisationen teilnahmen und ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen konnten.

Vor der Aufstellung des Entwurfes des Haushaltsplanes 2008 wurde die technische Ausrüstung der Feuerwehr kritisch überprüft. Das Ergebnis wurde dem Haupt- und Finanzausschuss ausführlich vorgestellt. In 2008 und in den kommenden Jahren werden diese Planungen konsequent umgesetzt.

Im Ergebnisplan des Fachbereiches 3 wurden im Wesentlichen Ansätze gebildet, die sich an denen der Vorjahre orientieren. Die allgemeine Kostensteigerung konnte weitgehend durch Rationalisierung aufgefangen werden.

In der Produktgruppe „Service Recht für die Gesamtverwaltung“ mussten zusätzlich Haushaltsmittel eingestellt werden, um bei schwierigen Rechtsfällen externe Beratungskompetenz heranzuziehen und den Wegfall des bisherigen Dezernats für Recht und Ordnung bzw. dessen Zusammenlegung mit dem Dezernat für Stadtentwicklung auszugleichen.

Beim Produkt „Personenstandswesen“ weise ich vorsorglich darauf hin, dass aufgrund einer umfassenden Änderung der Gesetzesgrundlagen 2009 mit erhöhten Kosten gerechnet werden muss.

#### **Zum Fachbereich 4 – Finanzen**

Auch der Fachbereich Finanzen musste sich in den vergangenen Jahren mit tiefgreifenden Veränderungsprozessen auseinandersetzen. Zu nennen ist hier insbesondere die Umstellung auf die doppische Buchführung im Rahmen des **NKF-Projektes** einschließlich der Erstellung einer Eröffnungsbilanz. Hier gehörten wir mit der Umstellung zum 01.01.06 zu den ersten Kommunen in NRW, die diesen Schritt gewagt haben.

Obwohl der NKF-Umstellungsprozess noch lange nicht abgeschlossen ist, steht bereits eine weitere Veränderung vor der Tür. Um die Gesamtsteuerung des Konzerns Kommune zu verbessern, müssen alle Kommunen in NRW zum 31.10.2010 einen **Gesamtkonzernabschluss** erstellen. Das bedeutet,

dass die Kernverwaltung und alle unsere Beteiligungen ab dem 01.01.2010 ihre Buchhaltung auf die neuen Anforderungen umzustellen haben und im kommenden Jahr die entsprechenden Vorbereitungen zu treffen sind. Die Verwaltung eruiert derzeit den sich aus diesen neuen Anforderungen ergebenden Aufwand.

Eine weitere Herausforderung stellte die Bildung der **AÖR Technische Betriebe** dar. Neben dem Fachbereich 4 waren hier insbesondere die Technischen Betriebe selbst und der Fachbereich 5 in die Vorbereitungen und die Umsetzung eingebunden. Aber auch alle anderen Fachbereiche mussten sich als Dienstleister bzw. als Nachfrager von Dienstleistungen auf die veränderte Situation einstellen. Der damit verbundene Lernprozess auf beiden Seiten läuft bislang gut. Ich möchte an dieser Stelle nochmals allen Beteiligten für ihren Einsatz danken!

## **Zum Fachbereich 5 – Planen und Bauen**

Mehrere **Verkehrsprojekte** konnten in den vergangenen Jahren zum Abschluss gebracht werden.

Zu nennen ist hier zunächst der Umbau des Kardinal-Galen-Ringes im Bereich der linken Emsseite. Hierfür waren insgesamt 3 Bauabschnitte erforderlich, die durch Kanalbaumaßnahmen begleitet wurden. Somit ist die Radwegführung des inneren Ringes fast komplett. Die fehlenden Abschnitte auf der östlichen Emsseite zwischen der Hemelter Straße und der Osnabrücker Straße sollen in den nächsten Jahren umgesetzt werden.

Der Umbau der Ortsdurchfahrt Rodde konnte mit Rad- und Fußwegen verwirklicht werden und hat wesentlich zur Schulwegsicherheit beigetragen. Als nächstes Projekt ist der Bürgerradweg zwischen Kanalhafen und Rodde in der Bearbeitung und soll voraussichtlich 2009 umgesetzt werden, sofern die Grunderwerbsverhandlungen zu einem positiven Ergebnis führen.

Weitere Radbaumaßnahmen sind entlang der Paschenastraße und auf der Nordseite der Neuenkirchener Straße zwischen der Berbomstiege und der Felsenstraße geplant, und der 1. Bauabschnitt des Radweges Rheine – Coesfeld wird in Angriff genommen: Am 16.12.2008 wird Minister Wittke den ersten Spatenstich für diesen neuen Radweg vornehmen, leider nicht am Beginn des Weges in Rheine, allerdings in St. Arnold.

Auch der Umbau der Hemelter Straße im Auftrag des Bundes konnte zwischen dem Kardinal-Galen-Ring und der Surenburgstraße einschließlich eines Kreisverkehrs im Jahre 2007 erfolgreich umgesetzt werden. Daneben wurde ein Radweg entlang der Bundesstraße 475 zwischen dem Schwarzen Weg und dem Ausbauende in Höhe des Kasernenparkplatzes abgeschlossen.

Der 1. Bauabschnitt des Rodder Damms wurde im Jahre 2006 durch die Stadt Rheine erstellt und hat die Erschließungssituation der Fa. Renk wesentlich verbessert. Im Jahre 2009 ist der 2. Bauabschnitt dieses Projektes geplant.

Die Neue Mitte Dorenkamp wurde entwickelt, und in Bentlage konnte im Jahr 2008 der Personenschifffahrtsanleger in Betrieb genommen werden.

Ein herausragendes Projekt, das auch im Haushaltsplan als Sonderprojekt geführt wird, war und ist die Kaserne Gellendorf. Hier wurde eine Förderung im Rahmen eines Pilotprojektes bewilligt, die diese Maßnahme mit einem privaten Investor erst ermöglichte. Das Projekt ist in vollem Gange und wird voraussichtlich auch erfolgreich beendet werden können.

Daneben wurde das Projekt Bahnflächen – Rheine R – eröffnet. Der Bebauungsplan befindet sich in der Aufstellungsphase. Mit den ersten Erschließungsmaßnahmen ist Ende 2009 zu rechnen, sodass voraussichtlich ab 2010 erste Ansiedlungswünsche befriedigt werden können.

Ähnliches gilt für die Lindenstraße. Hier wird voraussichtlich noch vor Weihnachten der Vertrag mit der Aurelis beurkundet. Bebauungspläne hierfür sind ebenfalls in der Aufstellungsphase.

Auf die Planungen zum **Fußgängertunnel** (Bahnhofs-durchstich) weise ich noch einmal besonders hin. Dieses Projekt wird das Bild der Innenstadt in den nächsten Jahren erheblich verbessern und das Tor darstellen zum neuen **Mathias-Bildungscampus**.

Ein größeres Projekt der letzten 5 Jahre war die Erschließung des Baugebietes Mesum-Nord. Es hat über 20 Jahre intensiver Arbeit bedurft, um diese Maßnahme planungsrechtlich und erschließungstechnisch zum Abschluss zu bringen, was nunmehr gelungen ist.

Zu erwähnen ist auch noch die Erschließungsstraße zwischen dem Parkhaus Media Markt und dem Josef-Winckler-Zentrum, die insbesondere der Erschließung des Möbelmarktes Berning diente und die insbesondere den Markt erst ermöglicht hat.

Zur Attraktivitätssteigerung der Innenstadt sind als weitere Projekte die Erneuerung der Emsstraße zwischen der Elter Straße und der Hansaallee, die Fertigstellung des Humboldtplatzes zwischen der Seniorenwohnanlage und der Stadthalle sowie der Restausbau der Otto-Bergmeyer-Straße geplant.

Im Bereich der Stadtstraßen sollen die Breite Straße zwischen der Zeppelinstraße und der Straße Am Waldhof ausgebaut sowie ein Kreisverkehr am Lingener Damm im Bereich der Straße Am Stadtwalde errichtet werden.

Im Oktober dieses Jahres hat nach über 6-jähriger politischer Beratung der Rat beschlossen, dass die Hochwasserschutzanlage am Timmermanufer gebaut werden soll. Auf die intensive Beratung im Bauausschuss und im Rat der Stadt Rheine hierzu möchte ich verweisen.

In der Innenstadt ist schließlich vorgesehen, eine Beschilderung für den Fußgänger vorzusehen, wie es in anderen größeren Städten bereits üblich ist.

Im Bereich der **Hochbaumaßnahmen** möchte ich zunächst an den bereits erwähnten Umzug der Stadtbibliothek und des Stadtarchivs erinnern.

Im Rahmen der REGIONALE wurde der Falkenhof als neues Stadtmuseum präsentiert. Im neu gestalteten Salinenpark wurde das Salzsiedehaus zu einem Salzmuseum und Veranstaltungsraum umgebaut.

Von den Baumaßnahmen für den Ganztagsbetrieb an unseren Schulen habe ich bereits beim Fachbereich 1 berichtet. Gleiches gilt für die Sporthallen in Mesum und an der Euregio Gesamtschule sowie für die Erweiterung des Kopernikus-Gymnasiums und der Don-Bosco-Schule.

Der erste Spatenstich für die Feuerwehr in Mesum soll im Laufe des Jahres 2009 erfolgen.

In den vergangenen Jahren konnten umfangreiche Sanierungen von Heizungsanlagen zur Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes durchgeführt werden. Der **Klimaschutz** ist im Rahmen des Klimabündnisses zu einem wesentlichen Leitziel für die Stadt Rheine geworden, welches künftig stärkere Beachtung im Hochbau wie in der Gebäudesanierung findet.

Im Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2009 sind insgesamt 2 Mio. € für die Ausführung von Erhaltungsmaßnahmen im Rahmen der **Bauunterhaltung** berücksichtigt. Ferner sind für die energetische Sanierung von Beleuchtungskörpern 150.000 € veranschlagt. Das umfangreichste Projekt wird die Sanierung der Fenster- und Fassadenflächen der Michaelschule in den Jahren 2009/2010 sein.

Neben den Erhaltungsmaßnahmen werden auch aus der gebildeten Rückstellung für bislang unterlassene Instandhaltungsmaßnahmen umfangreichere Sanierungen ermöglicht.

Neben den technischen Herausforderungen wird die notwendige Sanierung der Rathausfassade in den kommenden Jahren Auswirkungen auf den laufenden Betrieb der Verwaltung nehmen.

Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Gemeinde Salzbergen für das **Gewerbegebiet Holsterfeld** steht vor dem Abschluss. Hierzu wird es erforderlich sein, eine Absicherung der eingegangenen Rechtsverpflichtung im Haushaltsplan darzustellen, damit die Option der Stadt Rheine zur Erschließung dieses Gewerbegebietes bestehen bleibt.

## **Zum Fachbereich 7 – Interner Service**

Die Produkte des Fachbereiches Interner Service stellen das interne Funktionieren der Stadtverwaltung sicher. Zu nennen sind insbesondere die EDV und die Telekommunikationseinrichtungen. In diesem Bereich kann die Stadt Rheine auf eine traditionell extrem günstige Nutzen-Kosten-Relation verweisen, die in herausragender Weise auch im Rahmen der Prüfung der Gemeindeprüfungsanstalt bestätigt wurde.

Beispielsweise ist die Stadt Rheine Gründungsmitglied der Kommunalen Anwendergemeinschaft für Informations- und Kommunikationstechniken, kurz KAI – genannt. In dieser Gemeinschaft werden seit nunmehr 30 Jahren die Prinzipien verwirklicht, die in der kommunalen Szene erst vor einigen Jahren als Modell für eine erfolgreiche und zukunftsorientierte Kommunalverwaltung erkannt wurden. Gemeint ist die interkommunale Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Bereitstellung von EDV-Verfahren für ca. 650.000 Einwohner.

Die Leistungen der KAI werden durch die Umlage der Mitgliedsgemeinden finanziert. Die Stadt Rheine zahlt hierfür pro Jahr abhängig von der Einwohnerzahl ca. 100.000 €. Mit diesem Betrag sind alle EDV-Dienstleistungen für die Kernverfahren der Stadtverwaltung abgegolten. Gerade im Bereich der Finanzsoftware hat dies bei der Umstellung auf das NKF dazu geführt, dass die Stadt Rheine gegenüber vergleichbaren Städten Kostenvorteile in einer Größenordnung von annähernd 1 Mio. € erzielen konnte.

Der Personalservice ist als 2. Säule des „Internen Service“ für die ordnungsgemäße Personalabrechnung und -verwaltung der städtischen Bediensteten und der TBR AÖR zuständig. Hier werden pro Jahr über 36 Mio. € „umgesetzt“. Besondere Anforderungen wurden zum 1. Oktober 2005 an die dort tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Zusammenhang mit dem Umstieg von dem über 40 Jahre alten BAT auf den neuen Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) gestellt. Von der allgemeinen Öffentlichkeit nahezu unbemerkt wurden durch diesen neuen Tarifvertrag u. a. auch Elemente eingeführt, die mittel- bis langfristig zu einer verstärkten leistungsorientierten Bezahlung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst führen werden. Voraussetzung hierzu sind jedoch wesentliche Elemente eines modernen Personalmanagementes und einer strategisch ausgerichteten Personalbedarfs- und Entwicklungsplanung.

Aus dieser Erkenntnis wurden in den vergangenen Jahren schrittweise die wichtigsten Personalentwicklungsinstrumente bei der Stadtverwaltung eingeführt. Das sind insbesondere das Jahresmitarbeitergespräch, die anforderungsorientierte Stellenprofilierung und die strukturierten und systematischen Personalauswahlverfahren. Maßnahmen zur Gesundheitsförderung sowie die notwendige fachliche und überfachliche Fortbildung der städtischen Bediensteten sind inzwischen ebenfalls selbstverständlich.

Meine Damen und Herren,  
alle Aspekte der Personalentwicklung sind im Ergebnis unzertrennbar auch mit der Frage der Personalausstattung der Stadtverwaltung und damit auch mit der Frage der Personalaufwendungen verbunden. Die vielfältigen inhaltlichen Verknüpfungspunkte und Abhängigkeiten darzustellen würde den heutigen Rahmen sicherlich sprengen. Ich werde mich daher auf ein wesentliches Instrument konzentrieren, nämlich die Personalbedarfsentwicklungsplanung für die Jahre 2008 bis 2015.

Erklärtes Ziel aller Ratsfraktionen ist bislang die dauerhafte Senkung der Personalaufwendungen. Im Rahmen der dazu erfolgten Überlegungen hat der Rat der Stadt Rheine am 7.

November 2006 die bis dahin geltende Grundsatzregelung für die Gewährung von Altersteilzeit bei der Stadt Rheine aufgehoben und eine neue Regelung beschlossen, nach der alle interessierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ob Beamte, Angestellte oder Arbeiter, im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen Alterszeitzeit in Anspruch nehmen können. Von dieser Möglichkeit haben inzwischen 37 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Gebrauch gemacht.

Zusammen mit den aus Altersgründen ausscheidenden Bediensteten werden bis zum Jahr 2015 von den zurzeit ca. 630 bei der Stadt Rheine beschäftigten Personen (Kernverwaltung ohne TBR) mindestens 72 weitere Personen aus dem aktiven Dienst ausscheiden.

Die hieraus resultierenden Konsequenzen und notwendigen personalwirtschaftlichen Maßnahmen wurden im Mai 2008 im Haupt- und Finanzausschuss und anschließend in verschiedenen Gremien intensiv diskutiert. Insbesondere die Beratung in der Strategie- und Finanzkommission am 8. September führte zu der Erkenntnis, dass das ehrgeizige Ziel, 17 dieser 72 frei werdenden Planstellen nicht wieder zu besetzen nur durch gemeinsame Anstrengungen seitens des Rates und der Verwaltung erreichbar sein wird. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang noch eine weitere zentrale Thematik, auf die ich später noch einmal zurückkommen werde, nämlich die EU – Dienstleistungsrichtlinie.

Beide Problemfelder haben eines gemeinsam: Wir müssen weiterhin dringend unser kommunales Leistungsspektrum auf den Prüfstand stellen und die Methoden und Arbeitsprozesse so gestalten, dass wir den zukünftigen, stetig steigenden Anforderungen gerecht werden können. Außerdem müssen wir darüber entscheiden, in welcher Qualität unsere vielfältigen Produkte erbracht werden sollen, was wiederum unmittelbaren Einfluss auf die notwendige Personalausstattung der Stadtverwaltung haben wird. Hierzu sind noch detaillierte Überprüfungen erforderlich. Bereits jetzt ist jedoch erkennbar, dass uns diese Aufgaben nicht nur im Jahre 2009 sondern auch in den folgenden Jahren begleiten werden.

Zurück zu den **Personalaufwendungen**. Wie in den Jahren zuvor werden die Personalaufwendungen auch im Entwurf des Haushaltsplanes 2009 mit 25,4 Mio. der zweitgrößte Aufwendungsblock sein. Das sind 500.000 € höhere Personalaufwendungen als im Jahre 2008 veranschlagt. Das entspricht einer Steigerungsrate von 2 %. Bedenkt man, dass allein für die tarifvertraglich vereinbarten linearen Entgeltsteigerungen 2,9 % anzusetzen wären und dass in dieser Steigerungsrate noch keine Erhöhung der Beamtengehälter für das Jahr 2009 eingeplant ist, wird deutlich, dass auch im Jahre 2009 erhebliche Anstrengungen notwendig sein werden, um durch den Verzicht auf die Wiederbesetzung bzw. die verzögerte Wiederbesetzung zahlreicher Stellen den Haushaltsansatz einhalten zu können. Gleiches gilt für die Folgejahre des Finanzplanungszeitraumes, für die bisher keine linearen Erhöhungen eingeplant sind. Hier möchte ich auf die Personalbudgetanpassungen in den Beteiligungsgesellschaften hinweisen, in denen es keine kontroversen politischen Diskussionen um die notwendigen Anpassungen gegeben hat. Auf die vorliegenden Wirtschaftspläne möchte ich hinweisen.

Lassen Sie mich nun zu einem Thema kommen, welches in letzter Zeit auf verschiedenen Ebenen diskutiert wird, die sogenannte **EU-Dienstleistungsrichtlinie**. Wenn auch inzwischen klar ist, dass der Einheitliche Ansprechpartner nicht bei der Stadt Rheine, sondern beim Kreis Steinfurt bzw. einer Kooperation von mehreren Kreisen und kreisfreien Städten angesiedelt wird, so sind wir dennoch in hohem Maße von der EU-Dienstleistungsrichtlinie betroffen. Die Kommunalverwaltungen sind aufgefordert, ihre internen Prozesse und Zuständigkeiten auf den Prüfstand zu stellen um folgende Forderungen der EU - Dienstleistungsrichtlinie erfüllen zu können:

- Elektronische Bereitstellung umfassender Informationen für die Unternehmen
- Volle elektronische Realisierung der Verfahrensabwicklung
- Jeder Antrag, der nicht innerhalb einer vorab festgelegten und bekannt gemachten Frist bearbeitet und entschieden ist, gilt automatisch als genehmigt.

Und das alles muss zur Verfügung gestellt werden bis zum 31.12.2009 – und nach den Anweisungen des Innenministers aus kommunalen Mitteln!

Wir haben eine Projektgruppe in der Stadtverwaltung gebildet, die die Auswirkungen für uns untersuchen soll. Ein Zwischenbericht mit den betroffenen Produkten liegt inzwischen vor. Dem Verwaltungsvorstand ist klar geworden, dass erhebliche Herausforderungen auf die Stadt Rheine zukommen, die nicht ohne zusätzlichen Ressourceneinsatz zu bewältigen sein werden. Dieser zusätzliche Ressourcenbedarf ist zurzeit jedoch noch nicht konkret absehbar. Hierzu werde ich im Laufe des Jahres 2009 in den zuständigen Ratsgremien berichten und ggf. entsprechende Vorschläge unterbreiten.

### **Zum Fachbereich 8 – Wohn- und Grundstücksmanagement**

Die Vermarktung der städtischen **Wohnbaugrundstücke** verlief in den vergangenen Jahren sehr positiv. Die Nachfrage hat sich aktuell etwas beruhigt, aber bleibt auf gutem Niveau.

Im Baugebiet Wohnpark Mesum sind seit 2008 alle Wohnbaugrundstücke vermarktet. Die Vermarktung der Grundstücke am Klusenweg konnte bis auf ein Reihenhausgrundstück ebenfalls in 2008 abgeschlossen werden. Die Ergebnisse der archäologischen Ausgrabungen am Klusenweg wurden für die Bevölkerung der Stadt Rheine in einer umfassenden Dokumentation zur Verfügung gestellt.

Insbesondere durch die im vergangenen Jahr vorgenommene Umplanung des nördlichen Bereiches im Wohnpark Dutum wurde die Nachfrage nach Grundstücken noch einmal forciert. Vier zusätzliche Grundstücke wurden im Bereich der Michaelschule entwickelt und vermarktet.

Für die Bereiche Hauenhorst und Rodde kann dieser positive Trend nicht festgestellt werden. Trotz gesenkter Grundstückspreise bleibt die Nachfrage hier eher verhalten.

Insgesamt ist davon auszugehen, dass Grundstücke im kalkulierten Rahmen vermarktet werden – nur zwischen den Stadtteilen gibt es deutliche Unterschiede. Hier gilt es bei der Vermarktung besonderes Augenmerk auf die Baugebiete zu lenken, die weniger nachgefragt sind.

Im Ortsteil Elte wird im Frühjahr die Vermarktung von 15 städtischen Grundstücken beginnen – für die erfreulicherweise bereits mehrere Anfragen vorliegen.

Die Vermarktung der Grundstücke an der Herefortstrasse in Altenrheine verläuft aktuell im kalkulierten Rahmen.

Von den vier zu veräußernden stadtbildprägenden Objekten wurde inzwischen das Strätersche Haus – ehemalige Stadtbücherei – verkauft. Hier wird u.a. ab 2009 die EWG ihre neuen Geschäftsräume beziehen. Durch den Umzug, die Anmietung der Räume, die damit eingehende notwendige Ausstattung, die Personal- und Betriebskostenausweitung wird sich der städtische Zuschuss für die Wirtschaftsförderung wohl dauerhaft um 200.000 Euro per anno erhöhen. Diese wie auch weitere sich aus Erhöhungen von Betriebskostenzuschüssen ergebenden Verpflichtungen unserer Beteiligungsgesellschaften sind derzeit noch nicht eingeplant im Haushalt 2009 ff.

Für die ehemalige Jugendherberge und das ehemalige Gebäude der VHS werden derzeit konkrete Verkaufsverhandlungen geführt. Die Vermarktung des Kannegießerhauses – ehemaliges Stadtarchiv – wird durch die Lage und die Charakteristik des Gebäudes „erschwert“. Verweisen möchte in diesem Zusammenhang auf den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verabschiedung eines Moratoriums dieses Stadtbild prägenden Gebäudes.

Meine Damen und Herren,  
soweit die Gegebenheiten für den heute eingebrachten Haushaltsplanentwurf.

Ich möchte an dieser Stelle nicht versäumen, allen, die an der Zusammenstellung der notwendigen Daten mitgewirkt haben, meinen ausdrücklichen Dank auszusprechen. Dies gilt

insbesondere für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Fach- und Sonderbereichen.

Im Hinblick auf den Eckdatenbeschluss des HFA vom 14.10.08 für die Ergebnis- und Investitionsplanung 2009 bis 2012 kann zusammenfassend festgestellt werden, dass die festgelegten Eckwerte eingehalten wurden. Konkret bedeutet dies:

1. Für die Realsteuern gelten unverändert folgende Hebesätze:

Grundsteuer A	=	192 v.H.
Grundsteuer B	=	401 v.H.
Gewerbesteuer	=	403 v.H.
2. Die Gesamtpersonalaufwendungen für 2009 bleiben mit Ausnahme der in der Vorlage genannten Abweichungen im Rahmen des festgesetzten Betrages.
3. Die Obergrenzen der Budgets der Fach- und Sonderbereiche wurden mit Ausnahme der in der Sachdarstellung erläuterten Änderungen ebenfalls eingehalten.
4. Der Investitionsplan ist in allen Planungsjahren so ausgestaltet, dass die festgelegten Obergrenzen für die Netto-Neuverschuldung nicht überschritten werden.

Der Ergebnisplan weist für 2009 ein negatives Jahresergebnis von 8,765 Mio. € aus. Das ist gegenüber dem eben genannten Eckdatenbeschluss des Haupt- und Finanzausschusses eine Verbesserung von 743 T€, gleichwohl ein negatives Jahresergebnis.

Da die Ausgleichsrücklage bereits vollständig in Anspruch genommen wurde, kann der Haushaltsausgleich damit wie in 2008 nicht mehr sichergestellt werden, und die allgemeine Rücklage ist entsprechend zu vermindern. **Diese Verringerung der allgemeinen Rücklage bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.**

Ich schließe diese Einbringung des Haushalts- und Investitionsplanes 2009 bis 2012 mit einem Appell an Bund, Land, Kreis und Rat der Stadt:

**Der Appell an Bund und Land** richtet sich auf die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips. Das Konnexitätsprinzip darf nicht nur auf dem Papier stehen, sondern muss von allen Beteiligten auch seinem Geist nach gelebt werden. Ich schließe mich den Forderungen des Städte- und Gemeindebundes NRW an, der eine Anpassung der Finanzierungsstruktur für den Aufbau Ost an die Lage der Kommunalhaushalte fordert. Die Kriterien des Solidarpaktes sind kritisch zu hinterfragen. Dies gilt für die Leistungsfähigkeit der Geberkommunen wie auch der Bedürftigkeit der Empfängerkommunen. Eine Korrektur hat nicht Zeit bis zum Auslaufen des Solidarpaktes im Jahre 2019. Unsere kommunale Finanzsituation schien sich in den letzten Jahren durch eine Verbesserung der Gewerbesteuerereinnahmen zu entspannen. Trotzdem und insbesondere aufgrund der zu erwartenden wirtschaftlich schwierigeren Zeiten bleibt es problematisch, wenn nicht gar unmöglich, wichtige wirtschafts-, sozial- und umweltpolitische Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger wahrzunehmen. Die kommunale Selbstverwaltung ist mangels finanzieller Bewegungsspielräume nicht nur für unsere Kommune auf lange Sicht nur noch eine Wunschvorstellung.

Ich wiederhole deshalb an dieser Stelle die Forderung des Städte- und Gemeindebundes nach einer Gemeindefinanzreform, die nicht nur für eine dauerhafte und tragfähige Balance zwischen Einnahmen und Ausgaben sorgt, sondern im Interesse zukünftiger Generationen einen Abbau von finanziellen Altlasten gestattet. Vor dem Hintergrund der schwierigen kommunalen Finanzsituationen ist ein verlässlicher kommunaler Finanzausgleich dringend erforderlich. Wir können uns keinen kommunalen Konsolidierungsbeitrag zu Gunsten des Landeshaushalts leisten. Wenn das Land für den aktuellen und künftigen Aufgabenumfang der kommunalen Ebene keine ausreichende Finanzierung sicherstellen kann, müssen wir unseren Aufgabenbestand reduzieren, oder Standards zur Erfüllung der Aufgaben müssen abgebaut werden.

## **An den Kreis**

Hier möchte ich hinweisen auf die gemeinsame Stellungnahme der Hauptverwaltungsbeamten im Kreis Steinfurt zum Entwurf des Kreishaushaltes 2009. Nach dem Entwurf des Kreishaushaltes 2009 beläuft sich die Ausgleichsrücklage des Kreises Steinfurt auf 14,7 Mio Euro. Der Entwurf des Kreishaushaltes ist sowohl in 2009 als auch für die Planungen bis 2012 ohne Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage ausgeglichen. In einer ganz anderen Situation befinden sich die 24 Städte und Gemeinden des Kreises Steinfurt. Nach dem derzeitigen Stand der Haushaltsplanungen 2009 wird keine Stadt oder Gemeinde hier in der Lage sein, den Haushaltsausgleich 2009 ohne Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage bzw. der allgemeinen Rücklage zu gewährleisten. Das Verhältnis zwischen dem Kreis einerseits und den 24 Städten und Gemeinden andererseits gerät damit tendentiell in eine völlige Schiefelage. Vor diesem Hintergrund halte ich es für erforderlich, dass auch der Kreis Steinfurt einen Teil seiner Ausgleichsrücklage zur **Senkung der Kreisumlage** einsetzt. Für den Kreis besteht durchaus die Möglichkeit, im Sinne eines gemeindefreundlichen Verhaltens den Hebesatz auch für das Haushaltsjahr 2009 konstant bei 32,4 % zu halten.

## **An den Rat der Stadt**

An Sie, meine Damen und Herren des Rates, richte ich den Appell, sich auf unsere gemeinsame Beschlusslage zur finanziellen Zukunftsfähigkeit unserer Stadt im Integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzept Rheine 2020 zu besinnen. Hier haben wir uns bereits im November 2006 der Sicherung und Erhaltung der finanziellen Leistungsfähigkeit unserer Stadt verpflichtet. Hierin heißt es: „Die inhaltliche Grundlage für die finanzielle Sanierungsstrategie stellt das IEHK Rheine 2020 dar. ... Bezogen auf das gesamte Maßnahmenkonzept sind die Maßnahmen auf dem Prüfstand der finanziellen Realisierbarkeit zu stellen. ... Bei den Pflichtaufgaben sind die Zuständigkeit zu verfolgen, die Standards zu diskutieren und die Effektivität der Aufgabenerfüllung zu überprüfen. Bei den sogenannten freiwilligen Aufgaben sind die nachhaltigen wirtschaftlichen

Wirkungen, die jeweiligen Folgekosten und die Beiträge für die entwicklungsrelevanten Schwerpunkte ... im Einzelfall zu bewerten.“

Dieser Beschlusslage müssen wir uns auch weiterhin verpflichtet fühlen!

Berücksichtigen Sie hierbei die bislang noch nicht eingeplanten, aber verpflichtend durchzuführenden Maßnahmen (nochmals: u. a. EU-Dienstleistungsrichtlinie, Reform des Personalstandswesens, weiterer Anstieg von Transferleistungen).

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche den bevorstehenden Etatberatungen – auch in Ihren Fraktionen – viel Erfolg!